



“ WIR ERKENNEN DEUTLICH EIN
GLOBALES **MUSTER**: WO
REGIERUNGEN **AUTORITÄRER**
WERDEN, VERSCHÄRFEN SICH
ZUERST DIE ANGRIFFE AUF DIE
RECHTE VON FRAUEN UND
MARGINALISIERTEN GRUPPEN.
DAHINTER STECKT **SYSTEM**.
ANTIFEMINISMUS UND
AUTORITARISMUS
GEHEN
HAND IN HAND.

*- Julia Duchrow, Generalsekretärin
von Amnesty International
Deutschland*





📍 Georgien

FÜR MEHR INFOS - SCANNEN !!



Gewalt gegen Frauen – einschließlich Femiziden und anderer Formen geschlechtsspezifischer Gewalt – ist nach wie vor alltäglich. Insbesondere Frauen, die an den pro-europäischen oder regierungskritischen Protesten teilnahmen, müssen unter Repression und stigmatisierender Gewalt leiden. Erniedrigende Durchsuchungen, vollständiges Entkleiden und massive Einschüchterung zielen darauf ab, insbesondere weibliche Pro-testierende von politischer Teilhabe abzuhalten, so dokumentiert Amnesty International. Elene Khoshtaria, eine Oppositionsführerin, berichtete, dass sie am 28. März 2025 während ihrer Haft von der Polizei gewaltsam festgehalten, ausgezogen und gezwungen wurde, nackt auf dem Boden zu liegen. Trotz ihres Gesundheitszustands verwehrten ihr die Beamten den Zugang zu Medikamenten und Toiletten, selbst nachdem sie unter Bluthochdruck litt und wiederholt erbrechen musste.





Letland

Letland hat als erstes EU-Land 2025 den Austritt aus der Istanbul-Konvention beschlossen.

Diese war 2011 ausgearbeitet worden und verpflichtet die Länder zu einem besseren Schutz von Frauen und Mädchen. Zudem umfasst sie gesonderte Schutzmaßnahmen für Migrantinnen und asylsuchende Frauen.

Kritiker*innen argumentieren, dass diese Konvention die "Gender"-Theorie unterstützen würde. Diese Vorwürfe wies der Europarat in der Vergangenheit wiederholt zurück.





Deutschland in Zahlen

Auch im Deutschland ist lange noch keine Gleichberechtigung erreicht - obwohl, diese gesetzlich festgehalten ist.

Gender-Pay-Gap

Unbereinigt **16%** Bereinigt **6%**

Der unbereinigte Gender-Pay-Gap inkludiert strukturelle Unterschiede, wie etwa höhere Bildungsabschlüsse und höhere Beförderung; dies wird beim bereinigten Gender-Pay-Gap rausgerechnet. Es heißt also: eine Frau die exakt die gleiche Ausbildung hat und in der identischen Position arbeitet verdient im Schnitt 6% weniger als ihre männlichen Kollegen. (Destatis)

Frauen in Führungspositionen

Laut der Statistik des WSI-Gleichstellungsreports 2022 sind Frauen in den Top-Positionen der Wirtschaft deutlich seltener vertreten als Männer. Nur elf Prozent aller Vorstandsposten der 160 größten deutschen börsennotierten Unternehmen mit Frauen besetzt. In Aufsichtsräten liegt der Anteil immerhin bei 32 Prozent. In mitbestimmten Unternehmen fällt er mit 35 Prozent höher aus als in Unternehmen ohne Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat. Etwas anders sieht es auf der zweiten Führungsebene aus. Dort ist der Frauenanteil mit 40 Prozent nur etwas niedriger als der Anteil an allen Beschäftigten (44 Prozent).





Deutschland

- 1789-** Im Zuge der Französischen Revolution bilden sich erste
1793 Frauenclubs. Forderungen: volle Bürgerrechte für Frauen, die Gleichstellung von Mann und Frau und das Frauenwahlrecht.
- 1850** »Politischen Vereinen ist die Aufnahme von Frauenspersonen, Schülern, Lehrlingen **VERBOTEN**. Auch dürfen solche Personen nicht an Veranstaltungen und Sitzungen teilnehmen, bei denen politische Gegenstände behandelt werden.« (gültig bis 1908)
- 1882** Gründung der ersten Kranken- und Sterbekasse für Frauen und Mädchen.
- 1891** Am 12. März wird in einer Reichstagssitzung die Zulassung von Frauen zum Universitätsstudium **VERWEIGERT**.
- 1908** Das neue Reichsvereinsgesetz lässt Frauen zu politischen Vereinen zu.
- 1911** 19. März: In Deutschland wird zum ersten Mal der »**Internationale Frauentag**« gefeiert.
- 1913** An allen **HOCHSCHULEN** in Deutschland studieren 3900 Studentinnen, das sind 4,3% aller Studierenden
- 1918** Am 30. 11 erhalten Frauen das aktive und passive **WAHLRECHT**. Dieses Recht ist verankert in Art. 109 Abs. 2 der Weimarer Verfassung vom 01.08.1919: »Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten«.
- 1923** Margarete Von Wrangell wurde am 12. März die erste ordentliche **PROFESSORIN** in Deutschland.



- 1933-** »DRITTES REICH«. Das passive Wahlrecht und die Möglichkeit zur Zulassung zur Habilitation an Hochschulen und Universitäten werden Frauen genommen. Verbote bestimmte Berufe zu ergreifen. Gleichschaltung der Frauenverbände. Massive Propagierung der Mutterschaft. Abschaffung des Internationalen Frauentages zu Gunsten des Muttertages.
- 1945** **GRUNDGESETZ** der Bundesrepublik Deutschland: in Kraft. In Art. 3 Abs. 2 Satz 1 »Männer und Frauen sind **GLEICHBERECHTIGT.**«
- 1961** Elisabeth Schwarzhaupt (CDU) wird als erste Frau zur **BUNDESMINISTERIN** ernannt. Sie ist für das Ressort Gesundheitswesen zuständig.
- 1962** Die **ANTIBABY-PILLE** kommt in der BRD auf den Markt.
- 1974** Fünftes Gesetz zur Reform des Strafrechts: Der **SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH** in den ersten zwölf Wochen wird straffrei durch die sogenannte Fristenregelung.
- 1977** Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts: Partnerschaftsprinzip: keine gesetzlich vorgeschriebene **AUFGABEN-TEILUNG** in der Ehe. Der Ehepartner, der nach der Scheidung nicht für sich selbst sorgen kann, erhält einen Unterhaltsanspruch.
- 1980** Die Bundesregierung unterzeichnet bei der Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen das Übereinkommen zur **Beseitigung jeder Form von Diskriminierung** der Frau.
- 1984** Gesetz zur Errichtung einer Stiftung »Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens«: Die Stiftung hilft werdenden Müttern, die sich in einer sozialen Notlage befinden, durch finanzielle Hilfen. Der Bund stellt hierzu 97 Mio. Euro zur Verfügung (Stand 2009).
- 1985** Beschäftigungsförderungsgesetz: Erleichterung des Zugangs zu Maßnahmen der Umschulung und Fortbildung für Mütter. Teilzeitarbeit wird arbeitsrechtlich ebenso



abgesichert wie Vollzeitarbeit. Neue Bestimmungen sichern die besonders von Frauen wahrgenommene Arbeit auf Abruf und die Arbeitsplatzteilung besser ab.

- 1986** Bundeserziehungsgeldgesetz: Gesetz über die Gewährung von **ERZIEHUNGSGELD** und **ERZIEHUNGSURLAU**.
- 1990** Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland: Gesetzliche Regelungen für Familien und Frauen werden nun im Einigungsvertrag vereinheitlicht. Artikel 31 Absatz 1 gibt dem gesamtdeutschen Gesetzgeber auf, die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weiterzuentwickeln.
- 1992** Schwangeren- und Familienhilfegesetz: Das Gesetz zum Schutz des vorgeburtlichen/werdenden Lebens zur Förderung einer kinderfreundlichen Gesellschaft, für Hilfen im **SCHWANGERSCHAFTSKONFLIKT** und zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs wird vom Deutschen Bundestag beschlossen.
- 1993** Heide Simonis (SPD) ist die erste **MINISTERPRÄSIDENTIN** eines Bundeslandes. Sie regiert Schleswig-Holstein bis 2004.
- 1994** Eine einheitliche Vorschrift im Strafgesetzbuch schützt Mädchen und Jungen unter 16 Jahren vor sexuellem Missbrauch **UNABHÄNGIG vom GESCHLECHT des TÄTERS**.
- 1994** Das Zweite Gleichberechtigungsgesetz (Bundesgesetz) tritt in Kraft. Schwerpunkte:
- Gesetz zur Förderung von Frauen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Bundesverwaltung und den Gerichten des Bundes: Frauenfördergesetz
 - Verschärfung des Verbotes der Benachteiligung wegen des Geschlechts im Arbeitsleben
 - Erweiterte Mitwirkungsrechte von Betriebsrat und Personalrat bei der Frauenförderung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
 - Gesetz zum Schutz der Beschäftigten vor sexueller



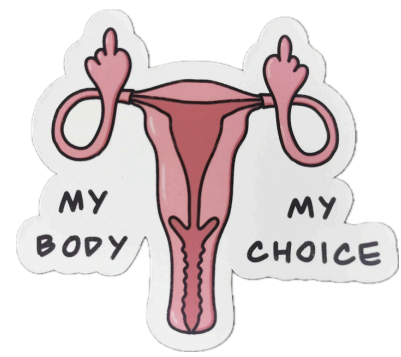
Belästigung am Arbeitsplatz: Beschäftigtenschutzgesetz
- Gesetz über die Berufung und Entsendung von Frauen und Männern in Gremien im Einflussbereich des Bundes:
Bundesgremienbesetzungsgesetz

- 1995** Durch das Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz werden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zur rechtlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs umgesetzt. Kernpunkt ist dabei die **VERPFLICHTENDE BERATUNG** der Schwangeren in einer Not- und Konfliktlage.
- 1995** EntschlieÙung des Rates der EG zur »Darstellung der Frau und des Mannes in Werbung und Medien«.
- 1996** Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab Vollendung des 3. Lebensjahres wird geregelt.
- 1997** Inkrafttreten des neugefassten § 177 Strafgesetzbuch: **Vergewaltigung** in der Ehe ist strafbar.
- 2001** Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes: Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit für Väter; Abkehr vom Leitbild des geltenden Erziehungsgeldgesetzes, das immer noch von der traditionellen Aufgabenteilung
- 2002** Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen: Täter können von der gemeinsamen Wohnung weggewiesen werden, Gewaltschutzanordnungen wie Kontakt- und Annäherungsverbote können ausgesprochen werden.
- 2005** Angela Merkel (CDU) wird erste deutsche **BUNDESKANZLERIN**.
- 2006** Gesetz gegen Psychoterror (»Stalking«).
- 2007** Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz AGG: Mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingerichtet.

....to be continued



Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland



Aktuelle Rechtslage in Deutschland

Schwangerschaftsabbruch steht weiterhin im Strafgesetzbuch (§218) und gilt damit grundsätzlich als rechtswidrig. Er bleibt jedoch straffrei, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind:

- Abbruch innerhalb der ersten 12 Schwangerschaftswochen
- vorher verpflichtende Beratung in einer staatlich anerkannten Beratungsstelle
- 3-tägige Wartezeit zwischen Beratung und Eingriff.

Ausnahmen: medizinische Indikation (Gefahr für Gesundheit/Leben der Schwangeren) oder kriminologische Indikation (z. B. nach Vergewaltigung).
→ Der Abbruch bleibt illegal, wird aber unter Bedingungen nicht bestraft.

Politische Reformversuche

Es gab einen Gesetzentwurf zur Reform des §218, der u. a. vorsah:

- Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. Woche legal zu machen
- sie aus dem Strafgesetzbuch herauszunehmen
- die verpflichtende Wartezeit abzuschaffen.

Dieser Entwurf wurde jedoch vor der Bundestagswahl 2025 nicht mehr abgestimmt und ist damit politisch gescheitert.

Praktische Probleme beim Zugang

- zu wenige Ärzt*innen und Kliniken, die Abbrüche anbieten
- Stigmatisierung von Betroffenen und medizinischem Personal
- Proteste von Abtreibungsgegner*innen vor Praxen.

Quellen (stand 13.03.2026)

- <https://www.lpb-bw.de/publikationen/stadtfra/frauen4.htm>
- <https://www.amnesty.de/pressemitteilung/weltfrauentag-frauenrechte-unter-beschuss-autoritarismus>
- <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2025/05/georgia-women-protesters-are-targeted-with-escalating-violence-and-gender-based-reprisals/>
- https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Verdienste-GenderPayGap/_inhalt.html
- <https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-studien-zu-gleichstellung-und-geschlechtergerechtigkeit-21085.htm#Führung>
- <https://www.amnesty.de/schwangerschaftsabbruch-deutschland>



Girls j

fun-d

ust w

erme

anna

natlr

have

rights